

Umwelt

Rat ö 17.05.2011

Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht für Katzen (FDP-Fraktion- ÄÄ GRÜNE) (TOP 6 o)

Beratungsverlauf:

Herr Hasskamp begründet den Antrag namens der FDP-Fraktion. Er legt dar, dass in Anbetracht der großen Vermehrung von Katzen die FDP-Fraktion sich für eine Prüfung ausspreche, ob es sinnvoll und umsetzbar sei, Katzenhalter zu verpflichten, Katzen, die Zugang ins Freie haben, zu kastrieren. Er nimmt Bezug auf die Beispiele der Städte Paderborn und Salzgitter. Zur Begründung verweist er auf die Verpflichtung der Kommunen, die Einhaltung der Bestimmung des Tierschutzgesetzes zu überwachen. Er verweist auf eine Zuspitzung der Situation bzgl. der Aufnahmekapazität des Tierheims Osnabrück. Es werde davon ausgegangen, dass durch Aufklärungsarbeit über die Pflicht zur Kastration die Eigenverantwortlichkeit der Katzenhalter gestärkt werde. Abschließend hebt er ausdrücklich hervor, dass es sich zunächst um einen Prüfauftrag an die Verwaltung handele.

Frau Jacobsen legt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dar, dass ebenfalls die Notsituation streunender Katzen gesehen werde. Um erforderliche Klärungen zu ermöglichen, unterbreitet sie den folgenden Änderungsantrag ihrer Fraktion:

„Die Verwaltung möge im Ausschuss für Feuerwehr und Ordnung geeignete Maßnahmen vorstellen, wie der zugrunde liegende Problematik begegnet werden kann. Erfahrungen mit den entsprechenden Regelungen und Verfahren mit anderen Städten sind hierbei ebenso zu berücksichtigen wie die Empfehlungen des deutschen Tierschutzbundes e. V.“

Frau Meyer zu Strohen legt namens der CDU-Fraktion dar, dass beide Anträge für ungeeignet angesehen werden, das Problem zu lösen. Sie spricht sich für die Annahme des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus, um zunächst im Ausschuss für Feuerwehr und Ordnung offene Fragen wie z. B. die Kostenfrage zu erörtern.

Herr Tackenberg sieht namens der SPD-Fraktion ebenfalls viele offene Fragen, wie die der Kontrollmöglichkeiten und der offenen Kostenfrage und spricht sich gemäß dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für eine Behandlung der Angelegenheit im Ausschuss für Feuerwehr und Ordnung aus.

Herr Cheeseman regt an, die Erkenntnisse des Projektes „Streuner“ für Hunde in die Betrachtung mit einzubeziehen.

Herr Mierke schließt sich namens der UWG-Fraktion dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an und spricht sich ebenfalls dafür aus, die Angelegenheit im Ausschuss für Feuerwehr und Ordnung zu behandeln.

Herr Ratsvorsitzender Thöle stellt zunächst den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung:

Abweichender Beschluss:

„Die Verwaltung möge im Ausschuss für Feuerwehr und Ordnung geeignete Maßnahmen vorstellen, wie der zugrunde liegende Problematik begegnet werden kann. Erfahrungen mit den entsprechenden Regelungen und Verfahren mit anderen Städten sind hierbei ebenso zu berücksichtigen wie die Empfehlungen des deutschen Tierschutzbundes e. V.“

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der Beschluss wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Mitglieder der FDP-Fraktion ohne Enthaltungen **angenommen**.

Herr Ratsvorsitzender Thöle stellt fest, dass die Abstimmung über den Ursprungsantrag der FDP-Fraktion somit obsolet sei.